

10 Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Februar 1952

393/J

Anfrage

der Abg. Singor, Appel, Widmayer und Genossen
 an den Bundeskanzler

betreffend Anordnung der russischen Besatzungsmacht in Niederösterreich.

-.-.-

In einzelnen Bezirken Niederösterreichs haben die örtlichen Kommandostellen der russischen Besatzungsmacht an die Dienststellen der öffentlichen Behörden Fragebogen ausgetragen, die von jedem einzelnen Bediensteten auszufertigen sind. In den Fragebogen wird die genaue Eintragung des Namens, Geburtsort, Geburtsdaten, Wohnort, ferner Diensteintritt, Dienstcharakter, Dienststellung (ob übergeordnete oder untergeordnete Stellung) verlangt. Des weiteren ist die Dauer der Dienstleistung bei der Wehrmacht im Deutschen Reich, Waffengattung, Dienstgrad einzutragen. Jeder Dienstnehmer ist ferner verpflichtet, seine derzeitige politische Parteizugehörigkeit in dem Fragebogen genau anzugeben.

Es fanden auch einige Vorladungen von Beamten zu den russischen Kommandostellen statt, von welchen eine mündliche Auskunftserteilung über die oben angeführten Fragen verlangt wurde. Im Zusammenhang damit wurden auch einige Beamte gefragt, ob sie Mitglieder der Gesellschaft zur Pflege der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion seien.

Diese Anordnung einzelner örtlicher Kommandostellen der russischen Besatzungsmacht hat begreiflicherweise grosse Beunruhigung unter den öffentlichen Bediensteten hervorgerufen, die darin eine Einschränkung der Dienst- und Gesinnungsfreiheit sehen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, bei den zuständigen Kommandostellen geeignete Schritte zu unternehmen, um die bereits erlassenen Anordnungen rückgängig zu machen und in Zukunft derartige Massnahmen zu verhindern?

-.-.-.-